Nr. 105. 18. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt“) beträgt: durch die Post bezogen ohne Bringegeld monatlich ℳ 1,20, vierteljährlich ℳ 3,60; durch die Kolporteure wöchentlich 30 ₰ frei ins Haus.
Einzelne Nummer 5 ₰. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 ₰.
Verantwortlicher Redakteur: Gustav Waberskỳ in Hamburg.

Donnerstag, den 5. Mai 1904.

Anzeigen werden die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 30 ₰, für den Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen mit 20 ₰ berechnet.
Anzeigen-Annahme in der Expedition (bis 6 Uhr Abends), in den Filialen (bis 4 Uhr Nachmittags), sowie in sämtlichen Annoncen-Bureaux.
Redaktion und Expedition: Fehlandstraße 11 in Hamburg 1.

Filialen: **Süd-St. Pauli** bei Carl Lementzow, Davidstr. 35. **Nord-St. Pauli, Eimsbüttel, Langenfelde** bei Carl Dreyer, Margarethenstr. 48, Eimsbüttel. **Hohelust, Eppendorf, Groß-Borstel** und **Winterhude** bei Ernst Großkopf, Lehmweg 51, Eppendorf. **Barmbeck, Uhlenhorst** bei Theodor Petereit, Bachstr. 12, Barmbeck. **St. Georg, Hohenfelde, Borgfelde, Hamm, Horn** und **Schiffbeck** bei Carl Ortel, Baustr. 26, Borgfelde. **Hammerbrook, Rotenburgsort, Billwärder** und **Veddel** bei Rud. Fuhrmann, Schwabenstr. 33, Hammerbrook. **Eilbeck, Wandsbeck** und **Hinschenfelde** bei Franz Krüger, Sternstr. 36, Wandsbeck. **Altona** bei Friedrich Ludwig, Bürgerstr. 118, Altona. **Ottensen, Bahrenfeld** bei Johannes Heine, Bahrenfelderstr. 140, Ottensen.

Hierzu eine Beilage.

Ein kommender Mann.

„Der Mann hat eine Zukunft“, wird in diesen Tagen sich so mancher gesagt haben, der die „staatsmännische“ Wirksamkeit des Herrn Budde beobachtet hat. In der Tat beginnt die „martialische“ Erscheinung des Eisenbahngenerals die mehr salonmäßige Gestalt des Reichskanzlers bereits in Schatten zu stellen. Zwar kann der General nicht in so schöngedrechselten Sätzen sprechen, wie der Kanzler, und es wird ihm, um seinen eigenen Ausdruck anzuwenden, noch manchmal ein „falscher Zungenschlag“ passieren. Aber während die Heißsporne unserer herrschenden Kreise die „zaudernde“ und „zaghafte“ Politik des Reichskanzlers heftig verurteilen, muß ihr Tatendrang mächtig angespornt werden durch die rauhen und kräftigen Worte, die der Eisenbahngeneral hervorstößt. Bei der Einweihung der neuen Rheinbrücke zu Mainz nannte er den dort errichteten Turm ein „Kriegswerkzeug“ und sprach von der Möglichkeit, daß das deutsche Volk wieder zu den Waffen gerufen werden könne. Das muß die Hoffnungen jener Säbelrasseler neu beleben, welche die Zeit des Boerenkrieges für einen Vorstoß gegen England geeignet hielten, und die sich auch nicht davon abbringen lassen, daß die ostasiatische Verwicklung die Bahn zu einem Vorstoß gegen Frankreich frei gemacht habe. Wir können daher solche Kundgebungen weder für zeitgemäß noch für nützlich halten, zumal in einem Moment, da so viel Zündstoff aufgehäuft und Deutschland tatsächlich vollkommen isoliert ist. Die Fehler, welche die Diplomatie gemacht hat, werden von dem General noch erweitert, denn gewiß war der Moment so ungeeignet wie möglich. Eine so abenteuerliche Politik, wie sie zur Zeit ein Vorstoß gegen Frankreich bedeuten würde, müßte sofort den Weltkrieg entzünden, und das kann sich doch auch Herr Budde nicht sonderlich wünschen.

Aber der kommende Mann befaßt sich nicht nur mit der äußeren Politik; er ist auch Sozialpolitiker und kommt nun an das preußische Abgeordnetenhaus mit der Forderung von drei Millionen, die er nach höherer Anweisung zu „Wohlfahrtszwecken“ verwenden will. Unter solchen Zwecken scheint Herr Budde in erster Linie die Erhaltung einer „guten“ und „staatserhaltenden“ Gesinnung bei dem Eisenbahnpersonal zu verstehen. Und er glaubt sein Werk recht schlau anzufangen. Es besteht ein allgemeiner Verband der Beamten und Arbeiter der Eisenbahnen von etwa 180 000 Mitgliedern. Dieser Verband ist staatlich genehmigt und steht so zu sagen unter der Vormundschaft der Eisenbahnverwaltung. Ihm sollen aus den drei Millionen Vorteile, Krankengeldzuschuß usw., zugewendet werden, und zwar, wie es in der Begründung heißt, ausdrücklich zu dem Zweck, das Eisenbahnpersonal von solchen Kasseneinrichtungen fernzuhalten, „die unter dem Deckmantel der Fürsorge ordnungsfeindliche Bestrebungen unter dem Eisenbahnpersonal zu verbreiten bemüht“. Das richtet sich natürlich gegen die freien Hilfskassen und charakterisiert die Buddesche Sozialpolitik vortrefflich. Denn die freien Hilfskassen sind doch auch seinerzeit auf die Initiative der Regierung hin eingerichtet worden. Nun ist die Reaktion schon so mächtig geworden, daß sie auch die freien Hilfskassen erreicht und sie für Herde „ordnungsfeindlicher Bestrebungen“ ansieht. Genau wie mit den Konsumvereinen, die erst als ein Mittel zur Hebung und Rettung des Mittelstandes angepriesen wurden und die man heute als angeblich sozialdemokratische Organisationen schikaniert.

Der vortreffliche Sozialpolitiker Budde hat wirklich „Ideen“. Mit den drei Millionen will er sein Personal an sein System fesseln und er wird auch bei Gelegenheit betonen, daß die von ihm so bedachte Organisation „volle Koalitionsfreiheit“ habe, so lange sie sich von „ordnungsfeindlichen Bestrebungen“ fern halte. Zu solchen gehören aber in erster Linie die Forderungen, die sich auf Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit beziehen.

Der Sozialpolitiker Budde könnte sich da schwer verrechnen. Denn mit Krankenkassen- und sonstigen Zuschüssen ist das große Uebel nicht beseitigt, das aus der fiskalischen Politik der Eisenbahnverwaltung entspringt. Die Löhne sind darin immer noch viel zu niedrig, die Arbeitszeit ist immer noch viel zu lang und die Ueberbürdung des Personals ist immer noch viel zu groß. Wer dagegen ankämpft, ist „Ordnungsfeind“ und muß gewärtig sein, daß er „fliegt“. Und wenn man da von Koalitionsfreiheit spricht, so nimmt sich das wie ein Hohn aus.

Aber die Junker und Scharfmacher mögen in Herrn Budde den kommenden „starken Mann“ bereits erkannt haben. Wenn die Woge der Zeit das System Bülow hinweggeschwemmt haben wird, dann werden sich die Blicke der Schlot- und Krautjunker auf den Mann richten, der seine „Schneidigkeit“ gegenüber unbotmäßigen Eisenbahnern bereits so herrlich erprobt hat. Gewiß, in ihren Augen ist solch ein Mann zu Höherem berufen; sie werden dringend verlangen, daß er an die Spitze des Reiches gestellt werden möge. Ihm trauen sie zu, daß er das in Unordnung geratene Räderwerk des alten Klassenstaates wieder in geregelten Gang bringen wird.

Von Bismarck zu Budde! Auch eine schöne Entwicklung des Reiches und außerordentlich lehrreich. Die Geschichtschreiber werden zu gekommener Zeit die Lehren daraus ziehen.

Auch der Umstand, daß Budde General ist, trägt sein Teil dazu bei, denselben als kommenden Mann erscheinen zu lassen. In Mainz hat er wohl gewußt, was er tat, indem er sich als „alten Generalstäbler“ bezeichnete. Die Kraut- und Schlotjunker wollen keine weichherzigen, mit den schöngeistigen Strömungen der Zeit kokettierenden Männer in der Regierung. Schneidige Generale, die sich nicht fürchten, der Welt einen frischen, fröhlichen Zollkrieg zu erklären und die mit fester Hand „die finsteren Mächte des Umsturzes“ niederwerfen — das sind die Männer, die unseren Scharfmachern gefallen könnten.

Aber — halt! Hier könnte der Buddesche Siegeslauf wohl bald sein Ende erreichen. Gegen die Sozialdemokratie hat Budde so wenig einen großen Gedanken vorrätig wie andere; es müßte denn sein, daß er das in dem berüchmten Heulerlied von 1848 enthaltene Mittel: „Gegen Demokraten helfen nur Soldaten!“ auch auf unser Zeitalter für anwendbar hält. So wenig die drei Millionen Zuschüsse ꝛc. eine Gewähr bieten können, daß die Zukunft niemals einen allgemeinen Eisenbahnerstreik bringen wird, so wenig oder noch viel weniger wird der General Budde als Reichskanzler mit der Sozialdemokratie fertig werden können. Was ein Bismarck nicht konnte, kann ein Budde erst recht nicht. Wohl aber würde, wenn Herr Budde die in seiner Eisenbahnverwaltung betätigten Grundsätze auf die Verwaltung des ganzen Reiches übertragen wollte, dies die Abwirtschaftung des von ihm vertretenen Systems wesentlich beschleunigen.

Wir kümmern uns nicht viel mehr um Namen. Wohl mag uns diese oder jene Persönlichkeit an sich sympathischer sein als andere; im ganzen macht es wenig Unterschied mehr, ob die an die Spitze des Reiches tretenden Staatsmänner der Aristokratie, der Bourgeoisie oder dem Militär entnommen sind. Sie spinnen alle denselben Faden, wenn auch mit verschiedenen Nummern. Mit anderen Worten: Sie bleiben an der alten Schule kleben und arbeiten mit den alten Mitteln, deren Unzulänglichkeit durch tausend unheilbare Schäden am Staatskörper täglich neu erwiesen wird.

Ob der Kanzler den neuen Konkurrenten schon verspürt? Die Junker und Scharfmacher scheinen, wie aus ihrem erneuten und energischen Drängen auf Kündigung der Handelsverträge hervorgeht, Morgenluft zu wittern, und das hat gewöhnlich etwas zu bedeuten.

Von der Weltbühne.

Aus dem Reichstage. Berlin, den 3. Mai. Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht entweder die Kündigung der Handelsverträge oder der neue Zolltarif in die Debatte hineingezogen werden. In der fünften Stunde fühlte man sich heute sogar in die Zeit der Zolltarifberatungen zurückversetzt. Nicht nur dieselben Argumente für und gegen konnte man aufs neue hören, sondern auch der Ton, der von den konservativen Rednern, Schwerin-Löwitz, v. Kardorff, Gamp und Arendt, sowie von dem Redner der freisinnigen Vereinigung, Gothein, angeschlagen wurde, und die Reminiszenzen, die gegen einander ausgespielt wurden, erinnerten lebhaft an die Dezembertage von 1902. Und was war die Ursache dieser ganz unerwarteten Debatte? Die Budgetkommission hatte, wie wir gestern schon mitteilten, die Zuschußanleihe dadurch beseitigt, daß sie mehrere Einnahmepositionen erhöhte, einige Ausgabetitel etwas herabsetzte und mit dem Rest von 17 Millionen Mark die Einzelstaaten in Form von Matrikularbeiträgen belastete.

Heute erklärte der Reichsschatzsekretär v. Stengel, daß das gestern bei dem Titel Zölle und Verbrauchssteuern stattgehabte Vorgefecht, betreffend die Belastung der Einzelstaaten mit weiteren 17 Millionen Mark ungedeckter Matrikularbeiträge, ihm nicht geeignet erschienen sei, um die Angelegenheit auszutragen. Er habe deshalb sich vorbehalten, heute bei dem Titel Reichsschuld, in Verbindung mit Punkt 6 der Tagesordnung (Deckung des Fehlbetrages), die im Interesse der Einzelstaaten notwendige Schlacht zu schlagen. Er suchte dann mit allen möglichen Argumenten und unter anderen mit dem Schlagworte der „Reichsverdrossenheit“, die durch Ueberlastung der Einzelstaaten gefördert werde, den Reichstag zu bestimmen, den Beschlüssen der Budgetkommission nicht zu folgen. Ihm folgten unter wachsender Heiterkeit des Hauses die Bevollmächtigten zum Bundesrat für Bayern, Württemberg, Baden und Sachsen-Weimar, letzterer auch für die kleinen thüringischen Bundesstaaten. Alle suchten in beweglichen Worten und auch mit dem Hinweis auf event. Unterbleibung von Kulturaufgaben, die sich die Einzelstaaten gestellt hätten, den Reichstag für sich bezw. für die von ihnen vertretenen Staaten zu interessieren. Von Preußen sprach niemand. Der Referent, Zentrumsabgeordneter Speck, hatte übrigens in seinem Referat über die in dieser Sache in der Budgetkommission gepflogenen Verhandlungen schon mitgeteilt, daß der preußische Finanzminister mit einer durch Beseitigung der Zuschuß-Anleihe eintretenden Belastung der Einzelstaaten gerechnet hatte. Sowohl vom Reichsschatzsekretär wie von den übrigen Vertretern des Bundesrats konnte nicht bestritten werden, daß die Aufnahme von Anleihen zur Deckung von Fehlbeträgen im ordentlichen Etat verfassungswidrig sei; aber man suchte sich seitens der Regierungsvertreter mit dem bekannten Worte: „Keine Regel ohne Ausnahme“, zu decken. Eine Auslegung der Verfassung, für die der Reichstag aber kein Verständnis hatte, denn er stimmte den Beschlüssen der Budgetkommission zu. Wenn die bürgerlichen Parteien bis zur dritten Lesung des Etats nicht umfallen, dürfte der heutige Beschluß mit dazu beitragen, die Regierungen zu etwas mehr Enthaltsamkeit bei Militär- und Flottenforderungen zu erziehen. Die Konservativen motivierten ihre ablehnende Haltung gegenüber der Regierungsvorlage wieder wie gestern damit, daß die Reichsregierung bezw. die verbündeten Regierungen selbst schuld daran seien, daß sie nicht über genügend Deckungsmittel verfügen, weil nicht für rechtzeitige Inkraftsetzung des neuen Zolltarifs Vorsorge getroffen sei. Das gab dann die Veranlassung zu der oben gezeichneten Debatte, in deren Verlauf schließlich noch der Abgeordnete Gothein auf einen diesbezüglichen Vorhalt seitens des Abgeordneten Gamp ein umfangreiches Bekenntnis ablegte, daß er kein Sozialdemokrat sei, was ihm von unserer Seite freiwillig und gern bestätigt wurde. Nachdem dann noch eine Reihe restlicher Etatspositionen debattelos erledigt worden war, konnte der Präsident um 6 Uhr erklären, daß die zweite Beratung des Reichshaushaltsetats beendet sei. Es folgte noch die Beschlußfassung über die der Budgetkommission überwiesenen Petitionen, worauf Vertagung eintrat.

Im Wahlkreis Schwerin-Wismar wird demnächst eine Ersatzwahl zum Reichstage vollzogen werden müssen, wenn das Plenum des Reichstags dem gestern mitgeteilten Beschluß der Wahlprüfungskommission beitritt, woran kaum zu zweifeln ist, da der Beschluß der Kommission auf Ungültigkeitserklärung der Wahl des Konservativen Dröscher einstimmig gefaßt worden ist. Wenn irgendwo, so ist hier die Ungültigkeitserklärung vollauf begründet. Bei der Hauptwahl wurden 23 878 Stimmen abgegeben, davon erhielten Groth (SD.) 10 380, Dröscher (K.) 8732, Büsing (NL.) 6704, zersplittert 62; bei der Stichwahl erhielt Dröscher 11 730, Groth 11 607 Stimmen. Gegen die Wahl Dröschers richtete sich ein Wahlprotest von sozialdemokratischer und nationalliberaler Seite, und zwar wendete sich der sozialdemokratische Protest sowohl gegen die Hauptwahl als gegen die Stichwahl, der nationalliberale nur gegen die Hauptwahl. Außerdem lag ein konservativer Gegenprotest vor. Beide Proteste bezogen sich zum Teil auf Verstöße bei der Hauptwahl, die auch der Wahlkommissar zum Gegenstand seiner amtlichen Bemerkungen über die Wahl gemacht hatte. Von den 144 als ungültig erklärten Stimmzetteln mußten zunächst eine Anzahl für gültig erklärt werden; allein das genügte nicht, die Stimmenzahl Büsings so zu erhöhen, daß er statt Dröscher in die Stichwahl gekommen wäre. Aber in zehn Ortschaften waren die Wählerlisten später, als es §8 des Wahlgesetzes vorschreibt, ausgelegt worden, in einigen Orten sogar kaum 14 Tage vor der Wahl. Die Kommission beschloß nach längerer Debatte, die einen prinzipiellen Charakter annahm, die Wahl in diesen Orten zu kassieren. Dadurch erhöhte sich die Stimmenzahl für Büsing, während sie sich für Dröscher um zirka 150 Stimmen verminderte. Sonach hätte nicht Dröscher, sondern Büsing mit dem sozialdemokratischen Kandidaten in die Stichwahl gelangen müssen. Aus diesem Grunde beschloß die Kommission einstimmig, die Wahl für ungültig zu erklären. Sie unterließ es daher, die vorliegenden Proteste, die sich eben zum Teil auf die Bedenken des Wahlkommissars bezogen, weiter zu prüfen, da sie als sicher annahm, daß das Plenum sich dem Beschlusse der Kommission anschließen werde.

„Unter günstigem Stern“ sieht der „Hann. Cour.“ schon die Reichstagsersatzwahl in Frankfurt a. d. O. verlaufen. Er berichtet, daß die Nationalliberalen, Freisinnigen, Konservativen und Landbündler des Wahlkreises gemeinsam die Kandidatur dem früheren Abgeordneten Rechtsanwalt Bassermann in Mannheim angeboten haben und dieser sich zur Uebernahme des Mandats bereit erklärt habe. „Die Erfahrungen von Zschopau und Altenburg sind nicht ungenutzt geblieben, und haben dort die liberalen Elemente Entsagung geübt und sich bereitwillig in den Dienst des gemeinsamen Zwecks, der Verdrängung der Sozialdemokratie, gestellt, so hat die Rechte jetzt in Frankfurt a. d. O. dieselbe erfreuliche Einsicht gezeigt. Höher noch als die Aussicht für unsere Partei, einen geschätzten und schmerzlich vermißten Führer wieder im Parlament zu begrüßen, steht uns die Hoffnung, auch diesen Wahlkreis der Umsturzpartei entrissen zu sehen.“

Die „Nationalzeitung“ preist es als „glückliche Fügung“, daß Bassermann für ein Mandat zur Verfügung stand. „Er ist der Mann, mit dessen Proklamierung zum Kandidaten die vereinigten Liberalen des Wahlkreises Frankfurt-Lebus den Konservativen eine goldene Brücke bauen konnten. Gleich bei der ersten Nachricht über die von der Wahlprüfungskommission beantragte Ungültigkeitserklärung des sozialdemokratischen Mandats wurde der Name Bassermann in diesem Sinne von ernsten Politikern aller bürgerlichen Parteirichtungen in Frankfurt-Lebus genannt. Eine zweckmäßigere Lösung der Personenfrage gab es in der Tat nicht, wennschon Geheimrat Schwabach so gut wie Felisch um des Kompromisseswillen ausgeschaltet werden müßte.“

Mit der Einigkeit der Gegner scheint es trotz dieser nationalliberalen Posaunenstöße doch noch nicht so ganz sicher zu sein. Die „Kreuzztg.“ beansprucht das Mandat für die Konservativen, weil diese am 16. Juni v. J. mehr Stimmen aufbrachten als die Nationalliberalen. Noch unwirscher tritt die „Deutsche Tagesztg.“ den Angaben über die Einigung auf die Kandidatur Bassermann gegenüber. Sie schreibt: „Diese Nachricht ist insoweit nicht vollkommen korrekt, als der Bund der Landwirte sich seine Stellungnahme ausdrücklich vorbehalten hat. Sie ist ferner deshalb ungenau, weil sie nicht erkennen läßt, welche Organisationen den Beschluß gefaßt haben. Das scheint aber aus ihr hervorzugehen, daß die städtischen Konservativen sich haben bereit finden lassen, der Bassermannschen Kandidatur zuzustimmen. Wie sehr wir diesen Beschluß bedauern, bedarf nach dem, was wir mehrfach an dieser Stelle gesagt haben, keiner besonderen Ausführung. Wir sind und bleiben der Ueberzeugung, daß die Konservativen damit der Partei und ihren Grundsätzen keinen guten Dienst getan haben. Ob die Vertrauensmänner des Bundes der Landwirte sich entschließen können, einen Kandidaten mit auf den Schild zu heben, dem die Vertrauensmänner des Bundes in seinem früheren Wahlkreise ein ausdrückliches Mißtrauensvotum ausgesprochen haben und der deswegen einem anderen Mitgliede seiner eigenen Partei den Platz räumen mußte, darf wohl als sehr fraglich bezeichnet werden. Es ist aber auch sonst fraglich, ob Bassermann gerade im Frankfurter Kreise ein geeigneter Kandidat sei. Diesen Zweifel hat die „konserv. Korr.“ noch gestern ausgesprochen. Auch der evangelische Bund dürfte von dieser Kandidatur wenig entzückt sein. Doch, das ist für uns selbstverständlich vollkommen belanglos. Die Einigung ist wohl vor allem durch den Eindruck der Altenburger Wahl gefördert worden. Man hat in der Presse in allen Tonarten gesagt, wie nützlich und notwendig es sei, sich von vornherein auf einen gemeinsamen Kandidaten, der nicht allzu prononciert sei, zu einigen. Es ist erstaunlich, wie kurz das Gedächtnis mancher Politiker ist. In Marienberg-Zschopau ist diesmal die Sozialdemokratie besiegt worden, weil zwei Kandidaten aufgestellt wurden, ein konservativer und ein antisemitischer. Bei der letzten Wahl siegte die Sozialdemokratie, obwohl ihr ein einziger Kandidat von mittelparteilicher Färbung gegenüberstand. Man braucht nur Altenburg und Marienberg-Zschopau nebeneinander zu stellen, um zu erkennen, daß nicht ein Rezept für alle Wahlkreise gelten darf. Was in Altenburg den Sieg vielleicht mit herbeigeführt hat, wird in Frankfurt nach unserer Ueberzeugung zur Niederlage führen. Für eine Bassermannsche Kandidatur werden die Wähler, die zugestandermaßen in Altenburg den Sieg sicherten, nämlich die Bündler, die Bauern und Handwerker, kaum zu erwärmen sein.“

Man merkt dem Agrarierorgan deutlich den Aerger an; anscheinend möchte es am liebsten seinen Anhängern die Parole geben: Laßt den Bassermann durchfallen! Besondere Mühe werden sich die Bündler für die Bassermannsche Kandidatur also wohl nicht geben.

Für die Formen, in denen der Wahlkampf seitens der Gegner geführt werden wird, gibt die „Nationalzeitung“ bereits den Ton an. Sie bemerkt zur Kandidatur Brauns: „Dieser bisherige, merkwürdigerweise wieder aufgestellte Vertreter von Frankfurt an der Oder ist zwar derselbe Mann, über den von einem Teil seiner eigenen Parteigenossen nach dem Dresdener Parteitag ganze Kübel von Unrat ausgegossen wurden, weil er an einem „Heiligen“ des völkerbefreienden Proletariats, dem mit Recht so beliebten Dr. Franz Mehring, seinen Zorn ausgelassen hatte; aber der Dresdener Parteitag fand erst einige Monate nach vollendeter Reichstagswahl statt, und bei früherer Gelegenheit waren die unangenehmen Eigenschaften Dr. Brauns in August Bebels Hirtenstall noch nicht so erschreckend an den Tag getreten.“

Wir dürfen also darauf rechnen, daß die Gegner, selbstverständlich noch unter bösartigster Verdrehung des Sachverhaltes, versuchen werden, aus den Verhandlungen in Dresden und den nachfolgenden Erklärungen „geistige Waffen“ für den Wahlkampf zu schmieden.

Die starke Siegeshoffnung dürfte aber doch vielleicht eine Enttäuschung erfahren. Jedenfalls werden unsere Genossen im Wahlkreise alle Kräfte daran setzen, das Mandat abermals zu erobern. Leicht wird das freilich nicht sein. Zwar hatte Braun mit 12 817 Stimmen am 16. Juni v. J. vor jedem einzelnen der Gegner, die 8268 und 7025 erhielten, einen erheblichen Vorsprung, bei der Stichwahl war die erlangte Majorität aber nur gering: 14 685 gegen 14 204 Stimmen. Da auch bei der nächstwöchigen Wahl die Ungunst der alten Wählerlisten gegen uns ist, die abgegangenen Wähler also nicht durch neue ersetzt werden können, so wird es der höchsten Kraftanstrengungen bedürfen, soll uns der Erfolg blühen.

Die Kanalvorlage, trotz ihrer Verstümmelung das politische Hauptstück der wasserwirtschaftlichen Vorlagen, ist am Dienstag im preußischen Abgeordnetenhause zur ersten Beratung gelangt. Der neugeadelte Minister v. Budde hielt eine sehr lange Rede, und wenn viele Worte einen Inhalt abgäben, so wäre sie sehr inhaltsreich. Aber die vielen Worte konnten die veränderte Stellung der Regierung und des Herrn Budde nicht verschleiern. Er betonte, daß die Regierung alle Bedenken, die früher gegen die Vorlage geltend gemacht wurden, aus dem Wege geräumt hat; er wies ziffernmäßig die Notwendigkeit der geforderten Wasserstraßen nach; die Verkehrsparole der Zukunft müsse lauten: Eisenbahnen und Wasserstraßen. Als er die Hoffnung aussprach, die Kanalvorlage werde ebenso begeisterte Annahme finden, wie die Nebenbahnvorlage, brach die Mehrheit des Hauses in ungezügelte Heiterkeit aus, und als ihnen die Rede ihres neuen Standesgenossen zu lange dauerte, begannen die Junker sich so laut zu unterhalten, daß die Ausführungen des Herrn von Budde überhaupt nicht mehr hörbar waren. Eisiges Schweigen rechts belehrte ihn, als er schloß, daß sein Appell an den Patriotismus der Mehrheit des Hauses ohne Gegenliebe bleiben würde.

Interessanter als das, was der Minister sagte, war das, was er verschwieg. Man hätte meinen sollen, daß es die Aufgabe des Regierungsvertreters sein müßte, zu erklären, warum die Regierung auf die Fortsetzung des Kanals bis zur Elbe verzichtet habe. Aber darüber sagte der Minister nichts. Das war also stillschweigendes Zugeständnis des Rückzugs der Regierung vor den zürnenden Agrariern.

In den nachfolgenden Reden kam die Kanalopposition ausgiebig zum Wort. Die angeschlagenen Töne waren zwar etwas milder als in den früheren Kanalkämpfen, aber die Absicht der Opponenten, die Regierung mit ihrer Vorlage, wenn auch unter allerlei wenn und aber, heimzuschicken, trat deutlich hervor. Dabei machten sich die Herren noch das Spezialvergnügen, die Zoll- und Handelsvertragsfrage in die Debatte hineinzuziehen. Der Zentrumsredner am Zehnhoff forderte unter stürmischem Beifall der Junker als „Kompensation“ die Kündigung der Handelsverträge. Auch Graf Limburg-Stirum trug seine „schweren Bedenken“ vor, während der Freikonservative Rewoldt zwischen Ja und Nein hin- und herpendelte. Natürlich wollen all die Leutchen „wohlwollend“ prüfen; aber das Resultat wird zweifellos sein, daß der Kanal vorläufig nicht gebaut werden wird, sintemalen Junker und Pfaff Trumpf sind in Preußen.

Gegen den Quebrachozoll, den die Agrarier bei den Zolltarifverhandlungen zum angeblichen Besten der Eichenschälwaldbesitzer auf die wahnsinnige Höhe von ℳ 7 pro Doppelzentner emporgetrieben haben, obwohl die Regierung nur ℳ 1 zugestehen wollte, hat der Zentralverein der deutschen Lederindustrie neuerdings wieder eine Eingabe an den Bundesrat gerichtet, in der um die Außerkraftsetzung des Zolles gegenüber den meistbegünstigten Staaten durch die Tarifverträge ersucht wird.

In der Eingabe wird geltend gemacht: „Wie wenig der Quebrachozoll geeignet ist, dem Eichenschälwalde, für den allein er doch geschaffen ist, einen Nutzen zu bringen, geht aus den Ereignissen der letzten Zeit auf dem Rindenmarkte ganz unzweideutig hervor. Von den Verfechtern des Quebrachozolles wird dieser damit begründet, daß nach seiner Einführung und nach der damit verbundenen Steigerung der Quebrachopreise die Eichenrinde im Preise steigen würde. Nun ist auch ohne Zoll, hauptsächlich infolge des Eingreifens der nordamerikanischen Lederindustrie in den Quebrachomarkt, der Preis für dieses Gerbmaterial in den letzten Monaten ganz bedeutend, und zwar um etwa 40 v. H., gestiegen, was einem Zoll von etwa ℳ 3 für den Doppelzentner entsprechen würde. Trotzdem haben die Preise auf den Rindenmärkten im Westen und Süden Deutschlands nicht angezogen. Im Gegenteil, es wird fast überall von einem Preisstillstande berichtet. Wenn irgend ein Argument, so spricht dieses gegen den Quebrachozoll; es zeigt, daß der Zoll zwar geeignet sein würde, der Lederindustrie Deutschlands schweren Schaden zuzufügen, daß er aber weit entfernt ist, den Eichenschälwaldbesitzern zu nützen. Die Freunde des Quebrachozolles gehen von der Voraussetzung aus, daß die verschiedenen Gerbstoffe den gleichen Wert für die Verwendung in der Gerberei haben. Das ist durchaus nicht der Fall. Die Lederindustrie, die früher ein sehr einfaches Gewerbe war, ist heute in ihrer Technik sehr kompliziert. Es sind bestimmte Gerbstoffe für bestimmte Fabrikationsarten als die besten erkannt worden, und so lange nicht der Preis für diese unerschwinglich hoch ist, so lange wird eben zu anderen Gerbstoffen nicht gegriffen werden. Den Quebrachozoll aber in solcher Höhe zur Geltung kommen zu lassen, daß die Verwendung dieses Gerbmaterials ganz unmöglich werden würde, dazu ist nach den bestimmten Erklärungen der Vertreter der verbündeten Regierungen überhaupt niemals Aussicht vorhanden gewesen.“

Wir zweifeln nicht, daß die Regierung den Wunsch der Lederindustriellen gern erfüllen würde, wenn sie nur könnte. Sie müßte zu dem Zwecke erst einen Staat finden, der die Ermäßigung des Quebrachozolles bei den Handelsvertragsverhandlungen fordert. Aber keiner der bei den Handelsverträgen in Frage kommenden Staaten hat ein Interesse an der Ermäßigung. Vielmehr haben diese Staaten, wie wir schon früher dargelegt haben, das gegenteilige Interesse; ihre eigene Lederindustrie kann nur gewinnen, wenn Deutschland der seinigen das Arbeitsmaterial unvernünftigerweise verteuert. Die Regierung müßte die Ermäßigung also direkt anbieten, womit sie sich in ein gar merkwürdiges Licht stellen würde. Es ist somit sehr fraglich, ob der Wunsch der Lederindustriellen erfüllt werden wird.

Zur Frage der allgemeinen Volksschule hat die Regierung von Sachsen-Altenburg anläßlich eines Spezialfalles jüngst in bemerkenswerter Weise Stellung genommen. In der Residenzstadt Altenburg bestehen zwei Arten von Volksschulen; die erste und die zweite Bürgerschule. Sie unterscheiden sich nicht etwa durch wesentlich von einander abweichende Lehrziele, sondern in der Hauptsache dadurch, daß an der ersten Bürgerschule ein erheblich höheres Schulgeld erhoben wird, als an der zweiten. Die Folge davon ist, daß die zweite Bürgerschule durchweg von Kindern der ärmeren Bevölkerung, die erste dagegen von Kindern wohlhabender Leute besucht wird. Es sind also Standesschulen in wahrem Sinne des Wortes. Der Vorstand der ersten Bürgerschule hatte nun beschlossen, ein neues Lesebuch einzuführen. Hierzu hat das Ministerium seine Genehmigung versagt und in dem Bescheide zu den Standesschulen in folgender Weise Stellung genommen:

„Wir sehen in dem Nebeneinanderbestehen zweier Bürgerschulen, die sich in ihren Lehrzielen nicht unterscheiden, eine Einrichtung, die der inneren Begründung entbehrt und in sozialer Hinsicht vor allem deshalb nicht unbedenklich erscheint, weil bei dem erheblichen Unterschied des Schulgeldbetrages dadurch eine Sichtung der volksschulpflichtigen Kinder lediglich nach den Geldmitteln der Eltern herbeigeführt wird. Es erscheint uns daher angezeigt, eher auf eine allmähliche Beseitigung dieser Doppelvolksschule hinzuwirken, als Maßnahmen zu treffen, die diesen Unterschied noch zu unterstützen und zu befestigen geeignet sind. Als eine solche Maßnahme würde aber die Einführung eines besonderen Lesebuches für die erste Bürgerschule anzusehen sein.“

„Kulturaufgaben leiden nicht!“ Ueber den Lehrermangel in Oberschlesien werden folgende Zahlen mitgeteilt. Es fehlen im Regierungsbezirk Oppeln nicht weniger als 772 Lehrkräfte, wenn jede Klasse, wie es sich gehörte, ihren eigenen Lehrer erhalten sollte. 720 mangeln den katholischen und 52 den evangelischen Volksschulen. 80—100 Kinder in einer Klasse sind keine Seltenheit. In 180 Land- und einer Stadtschule Oberschlesiens kommen sogar 100—150 Kinder auf eine Lehrkraft. Es gibt einklassige Riesenschulen mit weit über 100 Kindern, zweiklassige Riesenschulen mit 200—300 und dreiklassige mit 300—400 Kindern. — In Posen ist es nicht anders. Die „Pos. N. Nachr.“ veröffentlichten darüber kürzlich folgende Einzelstatistik aus dem Kreise Pleschen. Der Kreis Pleschen zählt im ganzen 56 Schulen, von denen sieben noch nicht gebaut bezw. im Bau begriffen sind. Nicht vollständig besetzt waren 16 Schulen, während 2 Schulen mit 77 bezw. 111 Kindern ohne Lehrer waren. Wegen vollständiger Ueberfüllung mußten Ostern 1903 in 10 Schulen sämtliche schulpflichtigen Kinder zurückgewiesen werden, das waren nicht weniger als 352 Kinder. In weiteren 9 Schulen konnte die Aufnahme der neueintretenden Kinder nur teilweise geschehen, so daß in jeder der neun Schulen über die Hälfte der aufzunehmenden Kinder wegen Ueberfüllung der Schulräume wieder nach Hause geschickt werden mußte, auch hier erreichte die Zahl der zurückgestellten Kinder die Höhe von 220. Zusammen waren es also 572 Kinder, die wegen Mangels an Raum ihrer Schulpflicht nicht genügen konnten und daher erst in diesem Jahre aufgenommen werden können. In Bismarcksdorf kamen 164, in Boruciu 190, in Brzezie 120, in Droszew 151, in Bronischewitz 180, in Goluchow 202, in Grudzielec 221, in Kuchary 170, in Nokutow 140, in Sobotka kath. 198 und in Wrzeszniea 120 Kinder auf eine Lehrkraft.

Angesichts solcher Zustände, die eines auf den Namen Kulturstaat Anspruch machenden Landes unwürdig sind, muß immer wieder auf die Millionenbewilligung für den Posener Königspalast hingewiesen werden. Ueberflüssige Prunkgebäude und dabei Mangel an Schulräumlichkeiten — das ist preußische Kultur modernsten Stils!

Spottet ihrer selbst, und weiß nicht wie! In einer Betrachtung über die allerdings höchst unerfreuliche Finanzlage des Reiches schreibt die „Köln. Volksztg.“, also ein Organ der Zentrumspartei:

„Der Bundesrat müßte mit der Sparsamkeit vorangehen. Er müßte namentlich mehr Widerstandsfähigkeit gegenüber neuen Ausgaben zeigen. Gerade bei den größten Forderungen aber, denen für Heer und Marine, zeigt er sich am nachgiebigsten.“

Stimmt! Aber zeigt denn etwa die „herrschende Partei“ im Reichstag, nämlich das Zentrum, Widerstandskraft gegen Militär- und Marineforderungen? Wer selbst an chronischer Umfallsucht leidet, dem steht es schlecht an, andere zum Feststehen zu ermahnen. Was die „Volkstribunen“ des Zentrums nicht wagen, wollen sie den allerunterthänigsten Beamten der Einzelstaaten zumuten.

Ein Nachschub von 1500 Mann soll nach offiziöser Mitteilung nach Deutsch-Südwestafrika gehen, um die Unterwerfung der Hereros erzwingen zu helfen. Wie die „Voss. Ztg.“ mitteilt, ist in einer Konferenz, die am Dienstag zwischen dem Kaiser, dem Reichskanzler, dem Kriegsminister und dem Chef des Großen Generalstabes stattfand, über diese Verstärkungen Beschluß gefaßt worden.

Dreitausend Mann sind schon drüben; die Zahl der Truppen wird also mit dem Nachschub 4500 Mann betragen. Vielleicht ist es auch damit noch nicht abgetan. Nach dem „Berl. Tagebl.“ rechnet man in unterrichteten Kreisen damit, daß der Feldzug mindestens sechs, vielleicht zwölf Monate dauert. Das wird dann eine hübsche Millionenrechnung für die südwestafrikanische Wüstenkolonie geben.

Die Leitung der militärischen Opera-